

kraft kritisch hinterfragt. Obgleich hier keine endgültige Definition gefunden wurde, war man sich einig, dass alternative Konzepte wie „Amerikanisierung“ oder „Westernisierung“ für die Beschreibung national übergreifender Phänomene zu unspezifisch und unzulänglich sind und selbst historisiert werden müssen. Classens Einwurf, den Begriff der Kommerzialisierung vor allem im Hinblick auf populäre Kultur anzuwenden, wurde zustimmend aufgenommen. Bezogen auf das Tagungsthema war zu beobachten, dass politische Kommunikation bzw. politische Kultur und Medien im 20. Jahrhundert in ihrer Verschränkung weit weniger transnational überformt sind als Unterhaltungsformate. Transnationalität sei jedoch nicht als Nivellierungsvorgang, sondern vielmehr als Spannung zum nationalen Eigensinn zu begreifen. Daher sollte sich die Diskussion künftig sehr viel mehr auf das reziproke Verhältnis von nationalen Medienkulturen und politischen Codes und Semantiken beziehen, wie Mergel nachdrücklich einforderte. Angemahnt wurde auch, dass der Begriff der Öffentlichkeit bei einer Betrachtung von Medienkulturen und politischer Kommunikation zwingend diskutiert werden müsse. Ein grundsätzliches Problem, das sich bereits in der Diskussion einzelner Sektionen ankündigte, dürfte zudem die methodisch schwierige Analyse der Rezeption medialer Botschaften sein. Eine gezielte Auseinandersetzung mit diesem Thema auf einer künftigen Tagung wäre wünschenswert.

Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl.

Belarus, Ukraine, Russland, Litauen und Deutschland in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive (1986–2006)

Podiumsdiskussion und Workshop zum Auftakt des internationalen Forschungsprojektes,

Potsdam, 4. – 8. November 2008

Tatjana Kasperski/ Anastasija Leuchina

Vom 4. bis zum 8. November 2008 fand am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) das erste Arbeitstreffen der internationalen Projektgruppe „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“ statt. Das Projekt, das in sechs interdisziplinäre Teilprojekte gegliedert ist, wird von der Volkswagen-Stiftung im Rahmen des Förderungsprogramms „Einheit in der Vielfalt. Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europas“ gefördert und von Dr. des. Melanie Arndt (ZZF) geleitet. Es wird gemeinsam vom ZZF mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), der Europäischen Humanistischen Universität Vilnius/Minsk (EHU) sowie der ukrainischen Nationaluniversität Kiewo-Mohyla-Akademie (NaUKMA) durchgeführt. Am Projekt nehmen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, der Ukraine und Belarus teil. Ziel des dreijährigen Forschungsprojektes ist es, die Folgen der Katastrophe von 1986 im Atomkraftwerk von Tschernobyl für die Gesellschaften und

den Staat in den betroffenen Ländern zu untersuchen.

Zum Auftakt des ersten Arbeitstreffens lud die Projektgruppe am 4. November 2008 zu einer öffentlichen Podiumsveranstaltung zum Projektthema „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“ ins Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam ein. Neben den auf den Gebieten Tschernobyl und Atomenergie ausgewiesenen Wissenschaftlern Dr. Astrid Sahn und Prof. Dr. Joachim Radkau nahmen zwei führende Vertreter der wichtigsten nichtstaatlichen Tschernobyl-Organisationen in Belarus und der Ukraine teil. Prof. Gennadij Gruschevoj vertrat dabei die belarussische gemeinnützige Stiftung „Den Kindern von Tschernobyl“ und Anna Golubovska-Onisimova die ukrainische NGO „Mama 86“. Tobias Münchmeyer von Greenpeace Berlin moderierte die Diskussion. Einführende Worte sprachen Prof. Dr. Martin Sabrow, Direktor des ZZf, Prof. Dr. Thomas Bohn als Partner an der LMU München und Dr. des. Melanie Arndt.

Die emotional und politisch stark aufgeladene Podiumsdiskussion zeigte, dass die Fragen, die bereits kurz nach Katastrophe aktuell waren, noch heute interessant und unbeantwortet sind: Wie leben die verschiedenen Gesellschaften und die Individuen mit den Folgen der Katastrophe? Welche Rolle nahmen und nehmen der Staat und die Herrschaftsorgane bei der Verwaltung der Folgen ein? Haben zivilgesellschaftliche Organisationen einen Einfluss darauf, Maßnahmen zu fördern, die die zerstörerische Kraft der Folgen des Unfalls verringern? Wie sind das Demokratisierungsniveau von politischen Systemen und die Unterwerfung unter technologische Risiken miteinander ver-

bunden? Welche Auswirkungen hatte Tschernobyl auf die Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Nutzung der Atomenergie? Wie kann Tschernobyl historisiert werden und was stellt „Tschernobyl“ heute dar?

Die Diskussion berührte nicht nur diese wichtigen, die gesellschaftspolitischen Folgen der Katastrophe betreffenden Fragen, sondern gewährte auch Einblick in sehr unterschiedliche Wahrnehmungen dieser Folgen. Von besonderem Interesse für die osteuropäischen Teilnehmer war dabei zu erfahren, wie der „größte anzunehmende Unfall“ in Deutschland perzipiert wurde und wird und welches Interesse dem Thema auch heute noch gilt. Das steht in einem großen Widerspruch zur Wahrnehmung beispielsweise in Belarus und der Ukraine, in der am Thema interessierte Wissenschaftler weitestgehend allein gelassen sind und Maßnahmen zur Reduzierung der Folgen kaum noch politische Unterstützung finden, wie Golubovska-Onisimova unterstrich. Dort wird den Folgen und möglichen Risiken des noch immer betriebenen Atomkraftwerkes weitestgehend mit Gleichgültigkeit begegnet. Insbesondere in Anbetracht des politischen Machtkampfes und des zunehmenden Wohlstands für einen großen Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren ist das Thema in Vergessenheit geraten. In Belarus ist das Thema zudem von starker politischer Brisanz, weil für die Regierung unter Alexander Lukaschenko sämtliche gefährliche Folgen der Katastrophe als überwunden gelten. Darauf wiesen insbesondere Sahn und Gruschevoj hin. Während der Podiumsdiskussion fiel auf, wie stark auch heute in den Argumenten mancher Redner noch die Mentalität des Kalten Krieges nachwirkt.



Internationale „Projektgruppe Tschernobyl“: Alexander Dalhouski, Florian Krug (stud. Hilfskraft), Melanie Arndt, Anastasija Leuchina, Evgenija Ivanova, Andrej Stepanov, Tatjana Kasperski (v.l.n.r.)

Die Durchführung des Forschungsprojektes „Politik und Gesellschaft nach Tschernobyl“ signalisiert nicht zuletzt in den Partnerländern, dass die Katastrophe endlich zu einem legitimen Untersuchungsobjekt geworden ist, selbst wenn insbesondere in Belarus und der Ukraine noch regelmäßig erklärt werden muss, warum man sich mit einem für Historiker, Politologen und Soziologen so abwegigen Thema beschäftigt. Der Wert des Projektes besteht darin, dass es die Möglichkeit eröffnet, Analysen unterschiedlicher sozialer und politischer Aspekte des Unfalls im Atomkraftwerk von Tschernobyl zu vereinen, was die Themen der Untersuchungen der Projektbeteiligten belegen.

Hervorzuheben ist dabei, dass in den jeweiligen Ländern zwar bereits eine Reihe von Untersuchungen zu den medizinischen, biologischen und physischen

Folgen des GAU existieren, die sozialen und politischen Folgen jedoch bisher kaum analysiert wurden. Das Projekt ist darauf ausgerichtet, diese Lücke zu schließen. Noch wichtiger: Es bietet die Möglichkeit, die Katastrophe von einem transnationalen Blickwinkel her zu betrachten, d.h. sie nicht länger als einen Unfall zu denken, der allein eine nationale Tragödie für Belarus und die Ukraine darstellte und im Westen lediglich die Frage nach der Notwendigkeit einer Kontrolle der Atompolitik aufwarf, sondern als Katastrophe mit globalen Folgen.

In den auf die Podiumsdiskussion folgenden Tagen setzten sich die Projektteilnehmenden sowie der wissenschaftliche Beirat des Projektes mit den einzelnen Teilvorhaben auseinander. Als erster stellte der Politikwissenschaftler Andrej Stepanov (EHU) Teile seines kurz vor dem Abschluss stehenden Dissertati-

onsprojektes „'Post-Tschernobyl': Risiko und Politik in der BSSR bzw. der Republik Belarus“ vor. Dabei versuchte er eine Periodisierung der belarussischen Tschernobyl-Politik und arbeitete den Wandel von Paradigmen und Institutionen heraus.

Darauf folgte die Präsentation des Projektes von Anastasija Leuchina (NaUK-MA). Sie beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit der Entwicklung der ukrainischen Umweltorganisationen nach Tschernobyl. Die Soziologin Evgenija Ivanova (EHU) berichtete von ersten Ergebnissen ihrer Feldstudie zur Verbindung von Gender und Staatsbürgerschaft in Belarus nach Tschernobyl. Resultate seiner Archivrecherchen zu Eingaben der belarussischen Bevölkerung nach der Katastrophe stellte der Historiker Alexander Dalhouski, Stipendiat des Projektes an der LMU München, vor.

Einen Einblick in ihre fast abgeschlossene Dissertation zum Thema „Politik und Erinnerung nach der Katastrophe von Tschernobyl in Belarus“ gewährte schließlich Tatjana Kasperski (EHU). Abschließend stellte Melanie Arndt Konzepte wie „Verflechtungsgeschichte“ und „Transfergeschichte“ zur Diskussion.

Während des Workshops wurden sowohl inhaltliche, als auch methodische und theoretische Probleme diskutiert. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass das Konzept der Zivilgesellschaft als wandelbares und sich entwickelndes Phänomen als verbindendes Element der sechs verschiedenen, interdisziplinären Projekte dienen kann.

Im Rahmenprogramm des Workshops sahen sich die Nachwuchswissenschaftler u.a. gemeinsam den sowjetischen Film „Das Signal von Tschernobyl“ aus dem Jahr 1986 an. Sie besuchten darüber hin-

aus die Gedenkstätte „Lindenstrasse 54/55“ für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert, ein ehemaliges KGB- und Stasi-Gefängnis, sowie den Ort der Potsdamer Konferenz, das Schloss Cecilienhof in Potsdam.

Insgesamt war das erste Arbeitstreffen ein ausgezeichneter Start für eine Forschergruppe, die sich aus Nachwuchswissenschaftlern aus drei Ländern zusammensetzt, die an verschiedenen Aspekten der politischen und sozialen Folgen der Katastrophe von Tschernobyl arbeiten. Ein gemeinsamer theoretischer Rahmen wurde festgelegt, die Weiterentwicklung der eigenen Forschungsideen vorangetrieben und Strategien der weiteren Zusammenarbeit entwickelt.

Dem ersten Workshop ist es somit gelungen, eine Atmosphäre der konstruktiven Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses zu schaffen. Nicht zuletzt ist es eines der wichtigsten Ziele dieses einzigartigen Projektes, ein Netzwerk von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über die Ländergrenzen Deutschlands, Belarus', der Ukraine und Litauens hinaus zu schaffen. Erste Schritte in diese Richtung sind getan.

Kontakt:

arndt@zzf-pdm.de